



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Wirtschaft » **Dow Jones**

20.01.2012, 12:58

## **Sprecher: Bundesregierung will weiter EU-weite Finanzmarktsteuer**

BERLIN (Dow Jones)--Die europaweite Einführung einer Finanzmarktsteuer bleibt nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert weiter das ausdrückliche Ziel der Bundesregierung. Ungeachtet des Vorschlages von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), sich bei einer Finanztransaktionssteuer am Vorbild der britischen Börsensteuer zu orientieren, sei der EU-Kommissionsvorschlag weiter die momentane Verhandlungsgrundlage

"Es gibt keine irgendwie geartete Veränderung in der Haltung der Bundesregierung in Sachen Finanztransaktionssteuer: Deutschland, die Bundesregierung begrüßt den Richtlinienvorschlag, den die EU-Kommission vorgelegt hat", sagte Seibert in Berlin. Dieser Vorschlag greife die deutschen Anliegen "sehr weitgehend auf, da er eine breite Bemessungsgrundlage und niedrige Steuersätze vorsehe. "Wir kämpfen für diesen Vorschlag und zwar im Europa der 27, aller europäischen Mitgliedstaaten", sagte Seibert. Den Entscheidungsprozess wolle die Bundesregierung vorantreiben. "Wir werden mit Nachdruck dafür werben", betonte der Regierungssprecher.

Der Vorschlag von Vizekanzler Rösler befasse sich mit dem Fall, dass eine solche Finanztransaktionssteuer bei Staaten wie etwa Großbritannien, die sich weiter schwer mit einer Finanztransaktionssteuer täten, nicht durchzusetzen wäre. "Da ist dieser Vorschlag ausgesprochen klug und vernünftig, weil er alle Möglichkeiten auszuloten versucht, solch ein Land wie Großbritannien in solch einem Fall, der jetzt noch nicht eingetreten ist, eventuell doch an Bord zu holen", sagte der Regierungssprecher. Ob eine solche Börsenaktivitätssteuer eine Brücke für Großbritannien sein könnte, müsste dann in Gesprächen herausgefunden werden. Die Bundesregierung würde dann auch auf allen Ebenen mit ihren europäischen Partnern darüber sprechen, sagte der Regierungssprecher.

Auch der Sprecher des Bundesfinanzministeriums (BMF), Martin Kotthaus, unterstrich, dass die EU-Kommission das Vorschlagsmonopol habe. Die Verhandlungsgrundlage sei daher gegenwärtig der auf dem Tisch liegende EU-Kommissionsvorschlag, der eine Finanztransaktionssteuer für alle 27 EU-Mitgliedstaaten vorsehe. Über diesen Vorschlag werde gerade in Brüssel diskutiert. "Und das ist das, was völliger Konsens der Regierung ist", sagte Kotthaus. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) habe immer wieder betont: "Wir wollen schnell, wir wollen zügig, wir wollen möglichst bald, spätestens aber bis Ende des ersten Quartals in Erfahrung bringen, ist das ein Vorschlag, der funktioniert", sagte Kotthaus. Sollte das nicht gelingen, dann müsse gerade auch in der Koalition geschaut werden, welche anderen Wege "machbar, denkbar und begehbar" seien.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatte der "Rheinischen Post" gesagt: "Wenn die Briten sich nicht dem europäischen Modell der Finanztransaktionssteuer annähern können, dann erscheint es sinnvoll, gemeinsam mit den Briten und den anderen europäischen Staaten über das britische Modell zu sprechen." Es müsse geprüft werden, ob es auf diesem Wege nicht möglich sei, "Großbritannien mit ins Boot zu holen". In Großbritannien gibt es eine sogenannte Stempelsteuer, die den Handel mit Aktien sowie einigen weiteren Wertpapieren mit einem Steuersatz von 0,5 Prozent belegt. Deutschland hatte bis 1991 eine ähnliche Steuer, die aber abgeschafft wurde.

Der Vorschlag der EU-Kommission vom September vergangenen Jahres sieht vor, alle Finanzmarktgeschäfte zu erfassen. Dazu würden dann reine Geldmarktgeschäfte wie auch der Handel mit Derivaten und weiteren als besonders spekulativ bewerteten Papieren gehören. Der von der Kommission vorgesehene Steuersatz wäre allerdings deutlich niedriger. Demnach strebt die Kommission für 2014 die EU-weite Einführung einer solchen Abgabe an, die zwischen 0,01 und 0,1 Prozent des Umsatzes betragen soll. Großbritannien lehnt die von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-weite Finanztransaktionssteuer ab. Auch Schweden, Dänemark und Tschechien stehen einer solchen Steuer skeptisch gegenüber.

-Von Beate Preuschoff, Dow Jones Newswires, +49 (0)30 - 2888 4122, [beate.preuschoff@dowjones.com](mailto:beate.preuschoff@dowjones.com)

DJG/bep/apo

(END) Dow Jones Newswires

January 20, 2012 06:58 ET (11:58 GMT)

Copyright (c) 2012 Dow Jones & Company, Inc.

---

© Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam • Realisiert mit [icomedias Enterprise|CMS](#)